

Glosse Braten und Backen

Die politische Sau, oder Schnitzelbacken mit Hazeh Strache

ARMIN THURNHER

Man sagt, auf dem TV-Sender Puls 4, wo die Parteichefs vor der Wahl kochen, hätten alle diese Chefs Schnitzel backen wollen, die Direttissima ins Phäakenherz. Puls 4 hat diese Gelegenheit versemelt oder verbröselst und sie nur Herrn Strache von der FPÖ zugestanden. Missverständene Vielfalt! Strache bäckt ein Schweinschnitzel vom deutschen Eber, Spindelegger hätte eine schwarze Sau papiern können, Faymann ein Kotelett vom süßen rosa Ferkel von „Ja, natürlich“, Eva Glawischnig ein lecker veganes Glutenschnitzel. Josef Bucher, der nicht Politiker gelernt hat, sondern Koch, hätte das echte Kalbsschnitzel serviert, ein eleganter Abgang. Fehlt wer? Ah ja, Frank. Der hätte bei der feschen Besitzerin von Schnitzelplatzl eines bestellt. Und bezahlt mit sein eigenen Göld. Das kennen sie bei Puls 4 ja auch schon gut. **F**

Impressum

Falter, Zeitschrift für Kultur und Politik. 36. Jahrgang

Aboservice: Tel. +43-1-536 60-928 service@falter.at

Adresse: 1011 Wien, Marc-Aurel-Straße 9, Tel. +43-1-536 60-0, Fax +43-1-536 60-912.

Redaktionsanschrift Steiermark: 8020 Graz, Elisabethnergasse 27a/1

Herausgeber: Armin Thurnher

Medieninhaber: Falter Zeitschriften Gesellschaft m.b.H.

Chefredakteur: Florian Klenk, Armin Thurnher

Redaktion: POLITIK und MEDIEN: Ingrid Brodnig (kar.),

Joseph Gepp (Wirtschaft), Nina Horaczek, Benedikt

Narodoslawsky, Barbara Tóth, Wolfgang Zwander

FEUILLETON: Matthias Dusini, Wolfgang Kralicek, Klaus

Nüchtern (Leitung), Michael Omasta, Gerhard Stöger

STADTLBEN: Christopher Wurm Dobler (Leitung), Birgit

Wittstock, STEIERMARK: Donja Noormofidi, Gerlinde

Pölsler, Tiz Schaffer WOCHE: Lisa Kiss (Leitung)

Ständige Mitarbeiter: POLITIK und MEDIEN: Ruth

Eisenreich, Sibylle Hamann, Franz Kössler, Kurt Langbein,

Raimund Löw, Markus Marterbauer, Robert Misik, Dames

Vasek FEUILLETON: Kirstin Breitenfellner, Miriam Thoma,

Sebastian Fasthuber, Bettina Hagen, Maya McKeckneay,

Florian Obkircher, Michael Pekler, Heinz Röggl, Robert

Rotifer, Joachim Schätz, Nicole Scheyerer, Jan Tabor

STADTLBEN: Andrea Maria Dusi, Florian Holzer, Peter

Iwaniewicz, Nina Kaltenbrunner, Doris Knecht, Heidi List,

Werner Meisinger, Hermes Phtetberg, Johann Skocek,

Julia Kospach, Irena Rosc STEIERMARK: Hermann Götz,

Wolfgang Kühnelt, Maria Motter, Ulrich Tragatschnig

WOCHE: Katharina Seidler

Redaktionsassistent: Tatjana Ladstätter

Fotografen: Heribert Corn, Julia Fuchs, Katharina

Gossow, Hans Hochstöger, J. J. Kucek (Steiermark),

Christian Wind Art Direction: Dirk Merbach

Produktion, Grafik, Korrektur: Falter Verlagsges.m.b.H.

GRAFIK: Raphael Moser (Leitung), Barbara Blaha,

Daniel Car, Marion Großschädl, Reini Hackl

KORREKTUR: Wolfgang Fasching, Helmut Gutbrunner,

Wieland Neuhauer, Patrick Sabbagh, Maria Schiestl,

Rainer Sigl, Anna Szyma, Marie Yazdanpanah

Geschäftsführung: Siegmund Schlager

Finanz: Michael Geringer Marketing: Barbara Prem

Anzeigenleitung: Sigrid Johler Abwicklung: Franz

Kraßnitzer, Oliver Pissnigg Abonnement: Birgit Bachinger

Datentechnik: Bernhard Mager

Vertrieb: Morawa, 1140 Wien, Hackinger Straße 42

Druck: Passauer Neue Presse Druck GmbH, 94036 Passau

Erscheinungsort: Wien. P.b.b., Verlagspostamt 1011

Wien E-Mail: wienzeit@falter.at Programm-E-Mail:

kiss@falter.at Homepage: www.falter.at

Der Falter erscheint jeden Mittwoch. Veranstaltungsin-

hinweise erfolgen kostenlos und ohne Gewähr. Gültig:

Anzeigenpreisliste Nr. 27. DVR-Nr. 047 69 86. Alle Rechte,

auch die der Übernahme von Beiträgen nach

§ 44 Abs. 1 und 2 Urheberrechtsgesetz, vorbehalten.

Die Offenlegung gemäß § 25 Mediengesetz ist unter

www.falter.at/offenlegung/falter.ständig.abrufbar.



Kommentar Netzpolitik

Yes we scan: wie Obama und sein Geheimdienst überall mitlesen

INGRID BRODNIG

Vor kurzem hätte man es für die Handlung eines düsteren Hollywood-Thrillers gehalten: Der Geheimdienst der USA hat anscheinend ein System entworfen, mit dem er jederzeit auf die privaten Daten von Internetfirmen wie Facebook, Google oder Apple zugreifen kann – ausspioniert werden allerdings nicht die amerikanischen Bürger selbst, sondern der Rest der Welt.

Edward Snowden, ein 29-jähriger CIA-Mitarbeiter, hat sich als Informant zu erkennen gegeben. Wie er dem *Guardian* erklärte, will er nicht in einer Gesellschaft leben, in der ein derartiges Spitzelprogramm möglich ist. Snowden versteckt sich derzeit vor dem US-Geheimdienst in Hongkong. Seine internen Dokumente legen nahe, dass die USA das wohl umfassendste Überwachungsprogramm in der Geschichte des Internets aufgebaut haben. Die Ermittler können ohne Zustimmung eines Richters alle privaten Daten der großen amerikanischen IT-Konzerne einsehen.

Präsident Barack Obama entwarnte prompt sein eigenes Volk und erklärte, dass nur Internetuser außerhalb der USA betroffen seien. Na toll! Für den Rest der Menschheit zählen Menschenrechte wie der Schutz der Privatsphäre anscheinend nicht. Was ist mit Europa? Wo bleibt der Aufschrei der Politik? Nur langsam reagieren die europäischen Staaten auf diesen Angriff gegen die Grundrechte. Sie müssen nun geschlossen auftreten. Europa kann sich sehr wohl gegen die amerikanischen Überwacher wehren. Die EU arbeitet derzeit an einer neuen Datenschutzverordnung, die auch Firmen wie Facebook und Google betreffen würde. Die neue Verordnung könnte dazu führen, dass US-Firmen nicht länger europäische Grundrechte ignorieren können, denn sonst drohen hohe Strafzahlungen. Der ursprüngliche Entwurf der Verordnung war überaus ambitioniert, doch er läuft Gefahr, verwässert zu werden. Die Internetkonzerne lobbyieren bereits in Brüssel dagegen.

Der Überwachungsskandal zeigt: Europa muss hier standhaft bleiben und sowohl gegen Internetfirmen als auch jene Staaten vorgehen, die ungehört private Daten klauen. So traurig das ist: Die USA wird nicht von selbst europäische Interessen schützen. Offensichtlich kümmert sich auch Barack Obama wenig um die Rechte der Menschen außerhalb der USA. Ein überaus lückenhaftes Demokratieverständnis des Friedensnobelpreisträgers. Für die EU ist das sogar eine Chance. Sie sollte nun als Hüterin der Menschenrechte auftreten und den Amerikanern eines klarmachen: Das Recht auf Privatsphäre kann nicht nur für die Bürger einer Nation gelten. **F**

Kommentar ORF in der Krise

Raunz nicht, send gscheit: Das Jammern hilft dem ORF nicht

NINA HORACZEK

Was haben das Hochwasser und der europäische Hochadel gemeinsam? Beide helfen dem ORF, die Zuseherquoten zumindest im Juni in die Höhe zu treiben. Bei Katastrophen wie den Überschwemmungen gelingt es dem Öffentlich-Rechtlichen als Einzigem im Land, die große Medienorgel zu spielen. Auch Society-Events wie die Hochzeit der schwedischen Prinzessin, vom ORF am Wochenende live übertragen, heben die Quote.

Trotzdem sahen im Mai nur 31,8 Prozent der TV-Seher ORF, mehr als drei Prozent weniger als im Monat davor. Zwei von drei Österreichern informieren und unterhalten sich woanders. Wird dieser Trend nicht gestoppt, wird das Flaggschiff der öffentlich-rechtlichen Information zum Minderheitenprogramm.

Gleichzeitig versagt die Regierung dem ORF im Wahljahr die Gebühren-

refundierung. Mit den Zusehern geht also auch das Geld fürs Programm flöten.

Wie reagiert der ORF auf diese Probleme? Mit der Ankündigung, bei Personal und Eigenproduktionen zu kürzen. Statt Reportageformate wie „Mein Leben“ oder Kultursendungen wie die „Kulturmatinée“ sollen künftig noch mehr eingekaufte Sendungen ins Programm gerückt werden.

Dabei ist ORF 1 schon jetzt mit US-Serien und Wiederholungen vollgestopft. Aufgewärmte Serien wie die Mördersucher von CSI bringen aber weder neue Seher noch eine Legitimation fürs Gebührenkassieren.

Wird jetzt noch mehr am ohnehin immer spärlicheren Eigenprogramm abgespeckt, entzieht sich der Öffentlich-Rechtliche selbst seine Grundlage. Denn warum sollten die Zuseher für ein Programm Gebühren zahlen, das sie auf RTL und anderen Trashsendern gratis bekommen? **F**

Wenn die Minderheit

... wird der Parlamentarismus gestärkt. Ein Plädoyer für

GASTKOMMENTAR:
HARALD WALSER

Politische Farbenspiele haben Konjunktur – Rot mit Schwarz und Grün? Oder mit Stronach? Und die Blauen? Sowohl „Ich will Kanzler werden“-Michael Spindelegger als auch Heinz Christian Strache („33 Prozent“) würden ja gern, nur fehlen doch einige Stimmen.

Diese Diskussionen sind öd, sie greifen zu kurz. Österreich braucht mehr als nur eine andere Koalition, Österreich braucht einen politischen Systemwechsel. Derzeit leiden wir nämlich nicht nur unter einem „Mangel an Anstand“ (© Josef Pröll), sondern vor allem am ausschließlich auf Rot und Schwarz ausgerichteten sozialpartnerschaftlichen Nachkriegssystem.

Wie könnte ein Systemwechsel aussehen? Eine Variante kommt in der öffentlichen Diskussion kaum vor – die Minderheitsregierung. Wenn sie auftaucht, bleibt sie wie zuletzt in einem Zeitungskommentar viel zu abstrakt, oder es wird davor gewarnt, wie jüngst vom Bundespräsidenten im Gespräch mit dem *Falter*. Er wollte „Garantien“ für den dauerhaften Bestand einer Regierung und meinte: „Eintagsfliegen machen keinen Sinn in der Politik.“ Sind fünf weitere Jahre Stillstand bei einer neuerlichen Mehrheit von SPÖ und ÖVP besser? Nein, die Politik braucht neue Spielräume.

Eine Minderheitsregierung könnte diese eröffnen und bei Entscheidungs-

prozessen in einer Reihe von Sachfragen, die die Zukunft unseres Landes bestimmen, zu einer substanziellen Stärkung des Parlaments führen.

Hätte Nikolaus Berlakovich sein Nein zum Pestizidverbot in Brüssel derart unverföhren deponiert, wenn er unter der Kontrolle selbstbewusster Abgeordneter gestanden wäre und sich nicht als Erfüllungsgehilfe von Landwirtschaftskammer, Bauernbund und Chemiekonzernen verstanden hätte?

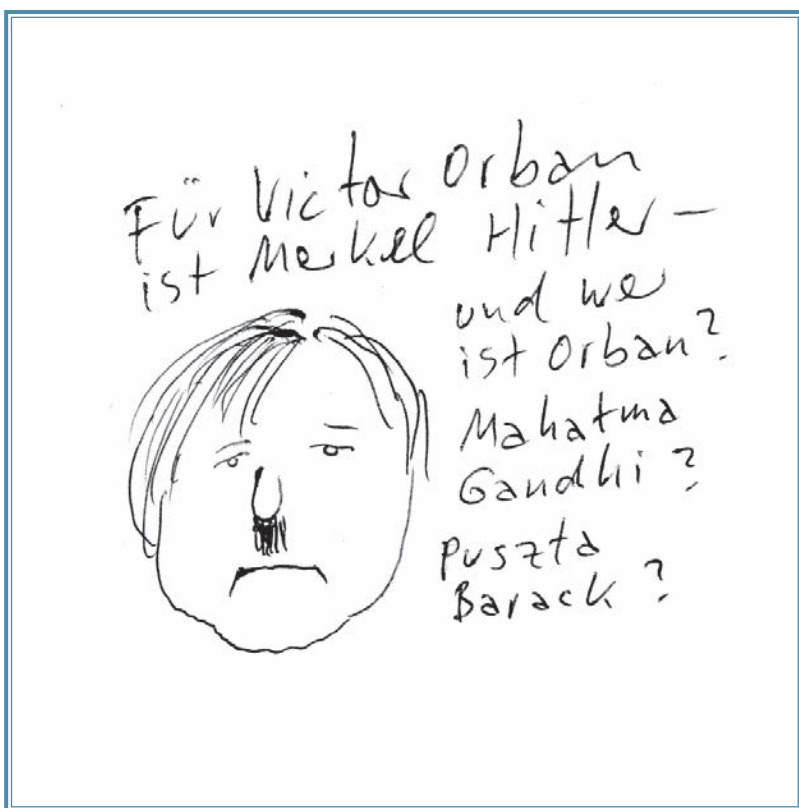
Wäre es nicht zu einem Aufstand der Parlamentarier gekommen, wenn Regierungsvorlagen aus einer Lobbyingabteilung kommen?

Das wurde deutlich, weil durch Schludrigkeit im Ministerium die Ghostwriter des Klimaschutzgesetzes in der Industriellenvereinigung irrtümlich öffentlich gemacht wurden.

Und die Bildungsreform? Wollen wir dieses Zukunftsthema wirklich Systembetonieren aus der Gewerkschaft überlassen oder nicht doch endlich Hearings mit Expertinnen und Experten ernst nehmen? Sie haben uns im Unterrichtsausschuss des Parlaments immer wieder deutlich gesagt, was zu tun ist. SPÖ und ÖVP kümmerte das wenig. Bei weiteren fünf Jahren großer Koalition stehen die Chancen auf Besserung bei null.

Ich habe als Oppositionspolitiker Situationen ernsthafter Verhandlungen mit den Regierungsparteien selten – aber doch – erlebt: konkret bei der seit Jahrzehnten überfälligen Rehabilitierung der Wehrmachtsdeserteure und bei der Rehabilitierung der Justizopfer des Austrofaschismus. Es

Im Zeichenraum Der Cartoon zur Woche



TEX RUBINOWITZ

Österreich regiert ...

eine massive Aufwertung der Volksvertretung

war wohltuend, wie hier beispielsweise Barbara Prammer, Fritz Neugebauer oder Josef Ostermayer seriös und sachlich an einer Lösung interessiert waren und wir auch zu Lösungen gekommen sind – immerhin waren SPÖ und ÖVP jahrzehntelang daran gescheitert.

Ein starker Nationalrat könnte eine weitere Schwachstelle unseres Parlamentarismus beseitigen. Es ist doch klar, dass es dort, wo die Gesetze beschlossen werden, entsprechender Fachleute und somit eines starken Legislativdienstes bedarf. Bei uns? Der Nationalrat hat nicht einen schwachen Legislativdienst, er hat gar keinen!


Im Gegensatz zum Deutschen Bundestag, wo auch ein wissenschaftlicher Dienst mit gleich elf Fachbereichen selbstverständlich ist. Er unterstützt Abgeordnete parteiunabhängig bei ihrer Arbeit durch Fachinformationen, Analysen und gutachterliche Stellungnahmen. Bei uns gibt es das nicht.

Minderheitsregierungen gab und gibt es, man denke an die von der FPÖ tolerierte SPÖ-Minderheitsregierung unter Bruno Kreisky im Jahre 1970. Aber auch in Deutschland tolerierte die FDP für kurze Zeit CDU-Minderheitsregierungen. In Kanada oder Australien, aber auch in den skandinavischen Ländern sind sie an der Tagesordnung, in Dänemark sogar die Regel. Von Instabilität ist in diesen Staaten nichts zu bemerken.

Auch bei uns bräuchte eine Minderheitsregierung durchaus einige Vorteile: Sie befindet sich viel stärker unter Druck, muss „liefern“ und steht

stärker unter der Kontrolle des Parlaments, das damit in Österreich endlich seiner eigentlichen Aufgabe gerecht werden könnte. Es könnte vielleicht doch noch so etwas wie ein lebendiger Parlamentarismus entstehen. Derzeit führt unsere Volksvertretung ein trauriges Mauerblümchendasein.

Im nächsten Nationalrat sitzen wohl fünf, eventuell sogar sechs oder sieben Parteien. Eine Minderheitsregierung könnte mehr Handlungsspielraum in unser verkrustetes System bringen. Ein selbstbewusstes Parlament müsste sich einen unabhängigen wissenschaftlichen und einen professionellen Legislativdienst erkämpfen. Es könnte sehr schnell zu mehr Kontrollrechten kommen. Wer nicht im alten, großkoalitionären System der Hinterzimmerpolitik verhaftet ist, müsste das begrüßen.

Diskutieren wir in den nächsten Monaten darüber, was unser Land braucht: eine Schule, die kein Kind zurücklässt; Klimaschutzmaßnahmen, die diesen Namen verdienen und gleichzeitig Green Jobs schaffen; ein Steuersystem, das auch den Reichen einen Anteil aberlangt. Und schauen wir nach der Wahl, mit welchen Abgeordneten im Parlament das möglich ist. Die Option einer Minderheitsregierung könnte da hilfreich sein. 

Der Autor ist Abgeordneter zum Nationalrat und Mitglied der Grünen



Kolumne Außenpolitik

Proteste in der Türkei: Taksim-Platz ist nicht gleich Tahrir-Platz

FRANZ KÖSSLER

Die türkische Protestbewegung ist kein Ausläufer des Arabischen Frühlings. Auch kein Aufstand der progressiven, laizistischen Türken gegen eine reaktionäre, islamistische Regierung. Aber alle diese Elemente spielen eine wichtige Rolle. Recep Tayyip Erdoğan, der Regierungschef, ist ein Modernisierer und kein Diktator. Mit seiner AKP hat er dreimal demokratische Wahlen gewonnen, zuletzt mit fast 50 Prozent. Er hat die alte, kemalistische Elite mit ihrem kulturellen Schwerpunkt in der europäischen Metropole Istanbul durch einen neuen Mittelstand aus dem asiatischen, anatolischen Hinterland abgelöst. Mit ihm zog der Islam in das öffentliche Leben ein, der bisher autoritär dem laizistischen Nationalstaat unterstellt war.

Die türkische Gesellschaft ist mit Erdoğan liberaler, die Wirtschaft erfolgreicher, das Land international bedeutender geworden, als es unter der nationalistischen Führung in der Tradition des Staatsgründers Atatürk je gewesen war. Die Verfassung, die 1980 noch im Geiste der Militärjunta entstanden war, wurde von allzu illiberalen Prinzipien gereinigt, ein neuer Text ist in Vorbereitung. Vorsichtig, aber doch eröffnete die AKP den Dialog mit den bisher verfolgten Minderheiten, Aleviten, Armeniern und vor allem Kurden. Der Einfluss des Militärs, das als Wächter über Atatürks Erbe die Politik bevormundet hatte, wurde beschnitten. Die stärkste Säule für Erdoğan's Popularität ist der wirtschaftliche Aufschwung nach der Krise von 2001. Die Wirtschaftsleistung pro Kopf verdreifachte sich, die Exporte sind um das Zehnfache gestiegen.

Die erste Liberalisierungswelle stand im Zeichen der Annäherung an die EU. Doch mit den Hindernissen für den Beitritt und dem neuen Selbstbewusstsein des Landes verlagerte sich der Schwerpunkt der türkischen Interessen in den arabischen und zentralasiatischen Raum. Dort lagen die Märkte für die expandierende Wirtschaft. Dort lag der islamische Raum als neuer Bezugspunkt. „Null Probleme mit den Nachbarn“ lautete die außenpolitische Devise.

Die Erfolgsgeschichte hat auch eine zweite Seite, und auch sie heißt Erdoğan. Sein Versuch, sich durch antiisraelischen Populismus dem arabischen Lager anzubiedern, ist gescheitert. In den arabischen Revolutionen setzten sich radikalere Kräfte durch, und der harte Bruch mit dem syrischen Regime lässt die türkische Bevölkerung fürchten, in den Bürgerkrieg verwickelt zu werden.

Je stärker Erdoğan sich fühlte, desto autoritärer setzte er seine Macht durch. Der Einfluss der Generäle wurde durch unsaubere Prozesse gegen angebliche Verschwörer beschnitten.


Hunderte politische Gegner landeten im Gefängnis. Es wurde Vergeltung geübt, nicht Gerechtigkeit.

Die Liberalisierung hat einer schleichenden Islamisierung Platz gemacht. Bürgerliche Freiheiten wurden zugunsten religiöser Prinzipien eingeschränkt, Abtreibung und Alkoholkonsum begrenzt. Selbstherrlich gab der Premier die Linie vor: Eine Familie hat drei Kinder zu haben; wer Alkohol trinkt, ist ein Alkoholiker; Twitter und Facebook sind die Pest unserer Gesellschaft.

Kritische Meinungsäußerungen werden gerichtlich geahndet, Blogger, die zu Protesten aufrufen, festgenommen. Erdoğan's Türkei hält den Weltrekord an inhaftierten Journalisten. Ein undurchsichtiges religiöses Netzwerk unter Imam Gülen, oft als islamisches Opus Dei bezeichnet, gewinnt ständig an Einfluss.

Die Liberalisierung macht einer schleichenden Islamisierung Platz. Selbstherrlich gibt der Premier die Linie vor

Unter der Fahne des Wirtschaftsliberalismus blühen Korruption und Nepotismus. Familie und Freunde des Regierungschefs sind an den wichtigsten Firmen beteiligt. Grünflächen fallen der Bauspekulation zum Opfer. Der Umweltschutz muss einer Serie von Dammprojekten weichen. Unter Ausschluss der Öffentlichkeit wurden Monsterprojekte wie die dritte Bosphorusbrücke, der Kanal zwischen Marmara und Schwarzem Meer, der Bau eines Megaflughafens beschlossen. Die Umgestaltung des Gezi-Parks in Istanbul hat schließlich die jüngste Protestwelle ausgelöst.

Eine sehr unterschiedliche oppositionelle Front hat sich im Protest zusammengefunden. Studenten und liberale Intellektuelle, linke und nationalistische Aktivisten, Bewegungen mit religiösem und mit ethnischem Hintergrund. Es geht nicht um Regimewechsel. Der Protest richtet sich gegen die Bevormundung durch einen Politiker, der sich auf der Welle des Erfolgs zum Autokraten entwickelt hat. Erdoğan ist zum Hindernis für die Entwicklung der Türkei zu einer modernen, liberalen Gesellschaft geworden. 

Matthias Dusini über die Intellektuellen, die die Proteste initiierten: Seite 24

Franz Kössler ist Außenpolitiker des Falter

